PB.Z-01-101-4

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	23.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Nach Zeile 101 einfügen:

Das Bürger*innenpostfach für sichere Kommunikation

Dort, wo digitale Kommunikation mit Behörden für Bürger*innen möglich ist, funktioniert diese häufig nur in eine Richtung oder digitale Behördenpostfächer sind oft nur für ein einziges Angebot der öffentlichen Hand nutzbar. Der aktuelle Wildwuchs an digitalen Postfächern (Beispiele hierfür sind die DE-Mail, das besondere elektronische Anwaltspostfach, das besondere elektronische Notarpostfach oder der eArztbrief) ist geprägt von technischen Problemen, hohen Kosten und mangelnder Interoperabilität. Diese zersplitterten digitalen "Kommunikationsinseln" führen wir in einem einheitlichen Bürger*innen- und Behördenpostfach zusammen.
Bürger*innen sollen damit sicher untereinander, mit Behörden, Gerichten, ihren Ärzt:innen oder Rechtsanwält*innen kommunizieren können. Statt das Bürger*innenpostfach nur gesetzlich als "sicher" zu definieren, setzen wir auf wirksame Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Den Bedürfnissen von Unternehmen und Berufsständen tragen wir dabei Rechnung. In der Zukunft sollen Bürger*innen auch einen Anspruch auf digitale Zustellung von Behördendokumenten erhalten.

Begründung

Aktuell gibt es eine Vielzahl von unterschiedlichen digitalen Postfächern, die alle aus unterschiedlichen Gründen gescheitert sind:

DE-Mail: Niemand nutzt es. Es ist technisch schlecht, weil unsicher (siehe dazu den Talk von Linus Neumann vom Chaos Computer Club Bullshit Made in Germany). Theoretisch kostet es Geld (aktuell berechnet kein Anbieter Privatpersonen etwas für die Dienste, weil dann würden diese vermutlich noch weniger Menschen nutzen). Umsetzung bei Behörden im Ein-Richtungs-Betrieb: Es wurde gesetzlich verordnet, dass Gerichte und Behörden per DE-Mail erreichbar sein müssen. Bis heute haben das nicht alle Behörden und Gerichte umgesetzt. Bei denjenigen, die es umgesetzt haben, werden DE-Mails nach dem Eingang zur weiteren Bearbeitung dann ausgedruckt.

Besonderes elektronisches Anwalts- oder Notarpostfach (beA bzw. beN)

Hierbei handelt es sich um Insellösungen für Notar*innen oder Rechtsanwält*innen, die ihrerseits an das System des elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs angeschlossen sind. Es ist nur "im Rechtssinne" und nicht tatsächlich sicher. Wie es technisch in der Vergangenheit beim beA gelaufen ist, kann man in diesem Talk vom Chaos Computer Club nachvollziehen. Nutzer*innen brauchen zwingend eine Signaturkarte. Ist man sowohl Anwält*in als auch Notar*in benötigt man mehrere Signaturkarten. Über die Postfächer ist keine Kommunikation mit Mandant*innen möglich. Diese erfolgt dann wieder unverschlüsselt per E-Mail oder über nutzer:innenunfreundliche Mandant*innenportale.

Der eArztbrief

Hierbei handelt es sich wieder um eine Insellösung. Das ist sicherlich teilweise gut, weil die Daten, die zwischen Ärzt*innen ausgetauscht werden, besonders schützenswert und gleichzeitig hoch spezifisch sind. Gleichwohl sollten auch Ärzt*innen verschlüsselt mit ihren Patientinnen kommunizieren können. Hierfür eignet sich das Bürger*innenpostfach durch eine höhere Zentralisierung von wichtiger Kommunikation besser als ein Modul in der ePatientenakte. Bürger*innen haben dadurch die Möglichkeit ihre rechtserhebliche und sichere Kommunikation an einem Ort zu bündeln.

Situation in anderen Staaten

In Estland erhalten Bürger:innen seit Jahren eine von offizieller Seite vergebene E-Mail-Adresse zur Behördenkommunikation. In Österreich haben Bürger*innen inzwischen gegenüber Behörden einen Anspruch auf Zustellung von Schreiben via E-Zustellung. In Schweden gibt es die Digital Mailbox, über die Dokumente von offiziellen Stellen rechtssicher empfangen werden können.

Die Erfahrungen anderer Staaten nutzen

Die positiven Erfahrungen, die andere Staaten mit einem zentralen digitalen Postfach für Bürger:innen gemacht haben, gilt es auch in Deutschland zu nutzen. DE-Mail ist gescheitert. Statt vielen komplexen Insellösungen gilt es jetzt einfache Wege für die Bürger*innen zu eröffnen.